

# PET-Sammlung: Städte fordern staatliche Lösung

*Alexandre Bukowiecki, Geschäftsführer der Fachorganisation für Entsorgung und Strassenunterhalt (FES)*

Gemäss den neusten Publikationen des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) betrug die PET-Recyclingquote im letzten Jahr 74%. Die in der Verordnung über Getränkeverpackung (VGV) geforderte Quote von 75% wurde damit im dritten aufeinander folgenden Jahr nicht erreicht. Für diesen Fall ist in der VGV die Einführung eines Pfandes vorgesehen. Der Städteverband und der Gemeindeverband fordern daher den Bund auf, diese klar definierte Massnahme nun konsequent umzusetzen. Anderenfalls verliert der Bund aus Sicht der Verbände seine Glaubwürdigkeit bei der Umsetzung der Abfallpolitik.

In Städten und Gemeinden stellt die PET-Sammlung schon seit längerer Zeit ein Problem dar. Einerseits tragen PET-Flaschen aus dem Unterwegskonsum zum Littering bei, was den Städten höhere Reinigungskosten in zweistelligen Millionenbereich beschert. Andererseits ergeben sich Schwierigkeiten bei der geordneten Sammlung des PET. Gemäss Verordnung sind Gemeinden zwar nicht zur PET Sammlung verpflichtet. Demnach wäre die Sammlung alleinige Aufgabe des Handels. Die Realität zeigt jedoch ein anderes Bild. Rund 10% der PET-Sammelstellen werden heute von Gemeinden betrieben, um den gerechtfertigten Forderungen der Bevölkerung nach kundenfreundlichen Entsorgungslösungen zu entsprechen. Es ist beispielsweise manchmal sinnvoll, an betreuten Haupt-sammelstellen für zahlreiche Abfälle und Wertstoffe auch eine PET-Sammlung anzubieten, damit der Kunde möglichst alles an einem Ort abgegeben kann. Eine allgemeine Verlagerung der PET-Sammelpflicht zu den Gemeinden kommt für den Städte- und Gemeindeverband aber nicht in Frage. Grundsätzlich soll die Verantwortung zur Rücknahme bei der Wirtschaft bleiben.

Leider ist der Verein PET Recycling Schweiz (PRS), welcher für einen Grossteil der Wirtschaft die PET-Sammlung organisiert, heute finanziell nicht in der Lage, die anfallenden Kosten der Gemeinden kostendeckend abzugelten. Die Kommunalverbände anerkennen jedoch die bisherigen Anstrengungen der PRS zur Unterstützung der Gemeinden mittels Plakaten, Containern, Gratis-Abholdienste und Lehrmittel für Schulen. Solange jedoch namhafte Grossverteiler und Discounter sich an der PRS nicht beteiligen und auch fraglich ist, ob die neuen Marktteilnehmer aus dem Ausland im hart umkämpften Detailhandel bereit sind, die PRS mitzufinanzieren, sehen Städte- und Gemeindeverband keine Zukunft für das freiwillige System, welches auch die Leistungen der Gemeinden kostendeckend abgелten sollte.

Die Kommunalverbände fordern gestützt auf eine Umfrage bei Städten und Gemeinden, dass der Bund nun eine obligatorische Finanzierungslösung umsetzt. Das in der Verordnung über Getränkeverpackungen (VGV) vorgesehene Pfand würde den Anreiz zur geordneten Rückgabe der leeren Flaschen erhöhen. Die Kommunalverbände akzeptieren auch eine Lösung mittels einer für alle obligatorischen vorgezogenen Entsorgungsgebühr (VEG), sofern aus dem Gebührenfonds auch die kommunalen PET-Sammeldienstleistungen kostendeckend abgegolten werden und die Informationsaktivitäten weitergeführt werden.

Um eine Verlagerung des Problems auf andere Getränkeverpackungen zu vermeiden, erachten die beiden Verbände mittelfristig eine einheitliche Regelung für alle Getränkeleichtverpackungen als notwendig.